

von Dennis Bühler

Am Montag ist Valentin Vogt als Ehrengast der Zunft «zur Gerwe und zur Schuhmachern» durch Zürich geschritten, am Morgen nach dem Sechseläuten schreibt er bereits um halb sechs Uhr erste E-Mails. Zwei Stunden später trifft er in Bern ein, um auf Einladung von Bundesrat Johann Schneider-Ammann mit Gewerkschaftern über die Situation älterer Arbeitnehmer zu diskutieren. «Viele ältere Arbeitslose verlieren nach drei, vier Monaten die Geduld», sagt der Arbeitgeberpräsident im Anschluss an die mehrstündige Diskussion, die wie erwartet ohne Durchbruch bleibt – zu weit voneinander entfernt sind die Sozialpartner (siehe Artikel unten). Wie seine Gegenspieler von den Gewerkschaften ist Vogt bestens mit Einzelschicksalen vertraut. Seit zwei Jahren nämlich berät er als Mentor Über-50-Jährige, die nach ihrer Entlassung keine Stelle mehr finden. «Fleiss allein genügt nicht», weiss er. «Wer 500 Bewerbungen schreibt, kämpft auf verlorenem Posten. Ich empfehle jenen Stellensuchenden, die ich berate, deutlich weniger Bewerbungen zu machen, in diese aber ihre ganze Energie zu investieren.»

#### Vergeblich Mehrheiten gesucht

Vogt selbst lebt getreu diesem Motto: Was auch immer der 56-jährige St. Galler anpackt, tut er mit vollem Einsatz. Doch die Analogie geht – leider für ihn – schon seit Jahren darüber hinaus: Denn wie bei vielen älteren Arbeitslosen auf Stellensuche gereicht auch ihm der Eifer nicht zum Erfolg. Vielmehr agiert Vogt auffallend oft glücklos. Ob bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative oder der Reform der Altersvorsorge: Der Präsident des Arbeitgeberverbandes ist im parlamentarischen Prozess bemüht, ja teilweise gar tonangebend, er versucht Politiker zu überzeugen und Mehrheiten zu schmieden – und steht am Ende doch als Verlierer da.

Monatelang versuchte Vogt im vergangenen Jahr, die SVP für einen Kompromiss in der Zuwanderungsfrage zu gewinnen. Dafür war er zu Zugeständnissen bereit, die selbst in seinem Verband vielen zu weit gingen. «Der Arbeitgeberverband machte sich für die Möglichkeit stark, einseitige Massnahmen ergreifen zu können, was ich falsch fand, weil das den Interessen der Gastronomiebranche zuwiderge-



Bemüht: Valentin Vogt ist dauernd auf Achse, um die Interessen der Arbeitgeber zu vertreten – in wichtigen politischen Fragen aber verliert er. Bild Peter Klauzner/Keystone

## Glückloser Kämpfer

Valentin Vogt setzt sich als Mentor persönlich für ältere Arbeitslose ein. Der politische Leistungsavis des Arbeitgeberpräsidenten aber ist dünn: Ob bei Masseneinwanderungsinitiative oder AHV-Reform – Vogt macht eine schlechte Figur.

laufen wäre», erinnert sich Casimir Platzer, Präsident des Hotellerie- und Restaurationsverbandes Gastrosuisse. Die Interessen wichtiger Mitglieder seien zu wenig berücksichtigt worden, kritisiert der Berner Oberländer. Immerhin: Inzwischen hätten Vogt und er die Differenzen ausdiskutiert.

In Bundesbern blieb dem Powerplay des Arbeitgeberverbandes der Erfolg versagt. Statt mit der CVP und der SVP suchte der Freisinn die Koalition mit der SP – eine Tatsache, die FDP-Mitglied Vogt bis heute ärgert. Bei der Debatte um die AHV-Reform erlebte er im März sein zweites böses Erwachen,

als Linke, CVP und Grünliberale nach wochenlangem Ringen dank einer einzigen Stimme Unterschied die Oberhand behielten. «Es ist für mich nach wie vor schwer zu verstehen, dass die FDP bei der Masseneinwanderungsinitiative und die CVP bei der AHV-Reform Päckchen mit der Linken schnürten», sagt Vogt. «Aber das ist offensichtlich Realpolitik – deren Spielregeln habe ich in den letzten anderthalb Jahren gelernt.» Bis dahin habe er unterschätzt gehabt, dass sich im Kampf um Wähleranteile alle Parteien ein möglichst eigenständiges Profil erarbeiten wollten. «Das behindert einen bürgerlichen Schulterschluss.»

Damit, dass im Bundeshaus nicht alle Spuren und nicht alles nach seinem Willen läuft, tut sich der frühere Kommandant eines Genie-Bataillons schwer. «Valentin Vogt ist ein typischer Wirtschaftsführer, der es gewohnt ist, zu führen und zu entscheiden», sagt die St. Galler FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter, die im Vorstandsausschuss des Arbeitgeberverbandes sitzt. Seit Vogt 2011 an die Spitze gekommen sei, vertrete die Organisation die Interessen der Wirtschaft pointierter als früher. Ihm sei zu verdanken, dass der Verband nun den «insgesamt glaubwürdigeren Auftritt als Economiesuisse» habe.

#### Weit weg von Bundesbern

Glaubwürdigkeit aber droht Schaden zu nehmen, wenn man allzu häufig in die Minderheit verwiesen wird. Vogt fehle es an taktischem und politischem Gespür, kritisieren Gegner und Freunde hinter vorgehaltener Hand. Ein Grund dafür vermutet Gewerbeverbanddirektor Hans-Ulrich Bigler in der Adresse des Arbeitgeberverbandes: Wie Economiesuisse an der Zürcher Hegibachstrasse beheimatet, agiere man zu weit weg von Bern. Das sei umso gravierender, als weder Vogt noch sein Direktor Roland Müller im Parlament sässen, sagt Bigler. «Nur hier bekämen sie rechtzeitig mit, wenn sich ein Geschäft nicht in ihrem Sinn entwickelt.»

Vogt, der hauptsächlich als Verwaltungsratspräsident und Mitbesitzer des Maschinenbauunternehmens Burckhardt Compression in Winterthur agiert und den Verband unentgeltlich führt, winkt ab. «Ich bin gerne Unternehmer und habe neben dem Arbeitgeberpräsidium keine Zeit für ein politisches Mandat.» Es möge ein Nachteil sein, dass sein Verband in Bern nicht direkt vertreten sei. «Dafür erfahre ich als Unternehmer aus nächster Nähe, was der Wirtschaft unter den Nägeln brennt.»

## Die BVG-Hürde muss beseitigt werden

Das für die Jungen abgebaute BVG-Hindernis wird nun zum Fallstrick für die Älteren.

#### Ein Kommentar

von Andreas Schaffner



Über 50-Jährige haben es in der Schweiz nicht einfach in der Arbeitswelt. Unter der Leitung des Wirtschaftsministers Johann Schneider-Ammann haben die Sozialpartner zum dritten Mal versucht, Lösungen für dieses Problem zu suchen. Dabei wurde klar, dass die Meinungen sehr weit auseinandergehen. Die Gewerkschaften fordern einen stärkeren Kündigungsschutz für die älteren Arbeitnehmer, die Arbeitgeber setzen auf Weiterbildung. Geeignet hat man sich dann einzig auf das Prinzip Hoffnung: Der Inländervorrang, der im Rahmen der Zuwanderungsinitiative beschlossen wurde, sollte auch den Älteren helfen.

Dabei hätte man es in der gerade erst abgeschlossenen Revision der Altersversicherungen in der Hand gehabt, eine viel einfachere Lösung zu finden: Nämlich die gesetzlich festgeschriebenen Beiträge für die betroffene Altersgruppe an die Pensionskassen zu senken. Wer 55 Jahre alt geworden ist, muss 18 Prozent des Lohns dem Vorsorgewerk bezahlen. Die Arbeitgeber bezahlen dabei mindestens die Hälfte. Zum Vergleich: Bei 25- bis 34-Jährigen sind es nur sieben Prozent. Diese Regelungen wurden einst eingeführt, um den Jungen den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern. Nun werden sie zum Hindernis für die Älteren. Sie sind zwar viel erfahrener, gelten aber nicht nur als weniger flexibel in der Arbeitswelt, sondern auch noch als teuer.

Ausgerechnet die Linken haben den Vorschlag zur Reduzierung des BVG-Satzes für ältere Arbeitnehmer torpediert. Man muss also nicht den liberalen Arbeitsmarkt infrage stellen. Im Gegenteil: Um den älteren Arbeitnehmern zu helfen, braucht es intelligente Regulierungen, aber auch mehr Flexibilität.



Kontaktieren Sie unseren Autor: [nachrichten@suedostschweiz.ch](mailto:nachrichten@suedostschweiz.ch)

## Gleiche Analyse, unterschiedliche Folgerungen

Wer mit über 50 Jahren seine Arbeit verliert, hat ein Problem. Die Sozialpartner sind sich nicht einig, wie es zu lösen ist.

von Peter Brühwiler

Johann Schneider-Ammann trat gestern in Bern guter Dinge vor die Medien. An der gleichentags durchgeführten dritten nationalen Konferenz zum Thema «Ältere Arbeitnehmer» hätten die verschiedenen Seiten – Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter sowie staatliche Stellen – «mit Vernunft am Tisch nach Lösungen gesucht», lobte der Wirtschaftsminister. Das zu lösende Problem: Ältere Angestellte sind zwar einem unterdurchschnittlichen Arbeitslosenrisiko ausgesetzt, bekunden aber deutlich grössere Schwierigkeiten beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt als Jüngere. In Zahlen: Von den Arbeitslosen in der Alterskategorie der über 50-Jährigen sind 26,8 Prozent langzeitarbeitslos.

Der Basler Regierungsrat Christoph Brutschin, der an der Konferenz die Kantone vertrat, konstatierte eine «erstaunlich hohe Übereinstimmung bei der Analyse der Situation». Dass sich diese Situation verbessert, ist im Interesse der ganzen Volkswirtschaft. Denn der bevölkerungsstärkste Jahrgang der Schweiz hat 2014 das 50. Altersjahr erreicht und die Babyboomer gehören jetzt zu den älteren Arbeitnehmenden. «Angesichts des Fachkräftemangels in gewissen Berufsgruppen sowie dem zunehmenden Druck auf das System der Altersvorsorge kommt der intensiveren Nutzung des Potenzials bei der älteren Erwerbsbevölkerung eine hohe Bedeutung zu», heisst es Schlusserklärung der Konferenzteilnehmer.

Die Kantone richten laut Brutschin einen speziellen Fokus auf die Weiter-

bildung. Und Brutschin selber richtetete einen Appell an die Sozialpartner: Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssten sich intensiver gemeinsam darüber Gedanken machen, wie der berufliche Erfolg sichergestellt werden könne. «Denn die Halbwertszeit des beruflichen Wissens hat abgenommen.»

#### Keine brauchbaren Resultate

Brutschin ist ganz auf der Linie von Valentin Vogt. «An erster Stelle» steht für den Präsidenten des Arbeitgeberverbandes bei der Problemlösung die Personalpolitik der Unternehmen. Diese müssten mit den Angestellten «regelmässig über gegenseitige Bedürfnisse sprechen und Standortbestimmungen vornehmen». Weiter setzt der Arbeitgeberverband auf altersspezifische Coachings der Arbeitsvermittler. Zudem

müsse man sich darauf einstellen, «dass im gegenwärtigen wirtschaftlichen Umfeld lineare Karriereverläufe nicht mehr den Regelfall darstellen.» Einen ausgebauten Kündigungsschutz oder andersgelagerte staatliche Regu-

«Der Arbeitsmarkt ist brutal. Langjährige Arbeitnehmer werden ohne zwingende Gründe entlassen.»

Paul Rechsteiner

Präsident des Gewerkschaftsbundes

lierungen spezifisch für ältere Mitarbeitende lehnte der Arbeitgeberverband gestern in Bern einmal mehr ab.

Man schätze die Gesprächsbereitschaft, sei aber auch enttäuscht, «dass sich die öffentliche Hand und die Sozialpartner nicht zu einer griffigeren Schlusserklärung zusammenraufen konnten», hält der Dachverband Trauilsuisse fest. Der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Paul Rechsteiner, konstatierte derweil eine «Brutalisierung» auf dem Arbeitsmarkt. Langjährige Arbeitnehmer würden teilweise auch ohne zwingende Gründe entlassen, weshalb es für diese Gruppe einen besseren Kündigungsschutz brauche. Die Chancen älterer Bewerber bei einer Stellenneubesetzung verringere ein solcher Schutz nicht, betonte Rechsteiner.